

Zweifel an der Unabhängigkeit

WIESBADEN Die Diskussion um politische Beamte in der Polizei weitet sich aus: Nun werden nicht mehr nur die Pläne für den LKA-Chefposten kritisiert. Auch der Status der Polizeipräsidenten wird in Frage gestellt.

Von Katharina Iskandar

In der Frage, ob der Chefposten des Hessischen Landeskriminalamtes künftig mit einem politischen Beamten besetzt wird, deutet sich eine breite Diskussion darüber an, ob der Einsatz solcher Beamter in Sicherheitsbehörden generell sinnvoll sei. Unabhängig von der Diskussion um das Landeskriminalamt (LKA) fordert die Opposition im Landtag, dass auch der Beamtenstatus der "normalen" Polizeipräsidenten noch einmal dahin gehend überprüft wird, ob er gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts verstößt. Danach sollen politische Beamte erst in höheren Positionen des Staatsapparates eingesetzt werden - und das möglichst sparsam. Hessen jedoch ist laut einer aktuellen Erhebung das Bundesland mit der größten Dichte an politischen Beamten in den Polizeibehörden überhaupt.

So spricht sich die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag dafür aus, nicht nur den LKA-Posten "neutral" zu besetzen. Auch in Bezug auf die sieben hessischen Polizeipräsidenten hält die FDP eine Novellierung für empfehlenswert, wie der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und innenpolitische Sprecher der Liberalen, Stefan Müller, sagt. "Ihrer Funktion nach gehören die Polizeipräsidenten wohl nicht dem engsten Kreis unmittelbarer Berater der politischen Entscheidungsträger an." Diese Aufgabe habe der Landespolizeipräsident inne. "Beamte sollen die Verfassung und Gesetze gerade auch gegen politische Entscheidungsträger behaupten, um eine gesetzestreue und frei von politischen Einflussnahmen unabhängige Verwaltung sicherzustellen."

Die SPD-Fraktion im Landtag fordert, an der Spitze des LKA müsse jemand stehen, "der sich für den Posten durch herausragende polizeiliche Arbeit empfiehlt, nicht durch parteipolitische Nähe zum gerade amtierenden Minister". Wie der parlamentarische Geschäftsführer der SPD, Günter Rudolph, weiter sagt, ist er auch bei den Polizeipräsidenten "sehr dafür, dass künftig wieder erfolgreiche und erfahrene Laufbahnbeamte ernannt werden, keine politischen Beamten".

Auch die Linkspartei sieht in den Plänen Beuths "einen weiteren tiefen Einschnitt in die Unabhängigkeit der Polizeibehörden". Zudem sehe man "keine Notwendigkeit, die bisherige Praxis, dass alle Stellen in den Polizeipräsidiien und der Landespolizeipräsident als politische Beamte besetzt werden, fortzuführen", äußert der innenpolitische Sprecher Hermann Schaus. Damit werde deren Unabhängigkeit und Fachlichkeit eingeschränkt "und einer politischen Besetzung nach Parteibuch Vorschub geleistet". Die Argumentation des Bundesverfassungsgerichts sei schlüssig: "Beamte, denen aus politischen Gründen beruflich und wirtschaftlich erhebliche Nachteile drohen, halten sich in ihrer Arbeit mit Kritik und Zweifeln an Entscheidungen der politischen Führung sehr viel mehr zurück, als Beamte, die ausschließlich an das Legalitätsprinzip, Lebenszeitprinzip und Beamtenrecht gebunden sind."

Tatsächlich ist genau die mangelnde Unabhängigkeit aus einigen Polizeipräsidiien zu hören. So wird beklagt, dass offizielle Anfragen, auch von Medienvertretern, je nach Thema erst ins Ministerium geschickt werden müssen, bevor sie beantwortet werden können. Zu vielen Themen gebe es inzwischen "Ministererlässe". Das heißt, ein Polizeipräsidium kann über seine Informationen nicht frei

entscheiden. Die interne Kritik geht bis hin zur Kriminalstatistik, die in Teilen auch als "politisches Dokument" verstanden wird.

Das Ministerium hält unterdessen an seinen Plänen fest - und argumentiert, dass die Besetzung des LKA mit einem politischen Beamten gerade deshalb sinnvoll sei, weil schon alle anderen Polizeipräsidien diesen Beamtenstatus in der Behördenspitze innehaben. Zudem verweist das Ministerium darauf, dass auch das Bundeskriminalamt sowie das Bundespolizeipräsidium mit politischen Beamten besetzt sei. "Es ist wichtig, dass die strategische Schwerpunktsetzungen des zuständigen Ministeriums von den jeweiligen Behördenleitungen umgesetzt werden", teilt ein Sprecher auf Anfrage mit.

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter sieht schon jetzt die Gefahr, dass Polizeipräsidenten "die politischen Ansichten und Ziele der Landesregierung umsetzen müssen, um im Amt zu bleiben", wie der Landesvorsitzende Dirk Peglow sagt. Dabei sollte ein Polizeipräsident "in erster Linie dem Gesetz, seinen Mitarbeitern und den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet sein". Zudem wirft er die Frage auf, was im Falle einer Regierungsbeteiligung etwa der AfD zu erwarten wäre. "Wie würde ein Polizeipräsident dann bei einer ‚Querdenker‘-Demonstration agieren?", fragt er. Bezogen auf den Verfassungsschutz, stelle sich diese Frage fast noch drängender.

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv.